

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern

Sicherheitsdirektion des Kantons Bern
Generalsekretariat
Kramgasse 20
3011 Bern

Bern, 30. April 2021

Per E-Mail: politischegeschaefte.sid@be.ch

Änderung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) – Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Grosse Rat hat der Motion 073-2020 Schilt (Utzigen, SVP) «Nothilfe auch für privat untergebrachte abgewiesene Asylsuchende ausrichten und Kosten sparen» zugestimmt. Falls rechtmässig abgewiesene Asylsuchende nicht in Rückkehrzentren wohnen wollen, sollen Privatpersonen pro Tag acht Franken Entschädigung erhalten.

Die FDP-Fraktion hat die Motion einstimmig abgelehnt und deshalb lehnen wir auch die geplante Gesetzesänderung ab.

Bei einer allfälligen Umsetzung sind folgende Punkte zu beachten:

- Es ist sicherzustellen, dass die abgewiesenen Personen dem Kanton nicht zweimal belastet werden, einmal im Zentrum und auch noch privat.
- Der Druck zur Ausschaffung der rechtmässig abgewiesenen Asylsuchenden muss hochgehalten bleiben. Sobald die Ausschaffung möglich ist, muss die Entschädigung abgebrochen werden.
- Es muss sichergestellt werden, dass privat Untergebrachte keiner Schwarzarbeit nachgehen, z.B. Haus- und Reinigungsarbeiten.
- Der Aufenthalt in einem Rückkehrzentrum muss die Regel bleiben. Für die private Unterbringung sollen keine Anreize geschaffen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und

grüssen freundlich

FDP.Die Liberalen
Kanton Bern



Stephan Lack
Kantonalpräsident



Stefan Nobs
Geschäftsführer